

Zwischen Krieg und Wiederaufbau: Der Landkreis Heilbronn in den Jahren 1945 bis 1949 im Spiegel der wöchentlichen Berichte des Landrats an die Militärregierung

von Wolfram Angerbauer

Durch Luftangriffe und verstärkt durch Erdkämpfe in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges waren 14 Gemeinden des Landkreises Heilbronn zu 50–80%, 18 Gemeinden bis zu 50% geschädigt worden (1). Betroffen waren vor allem die Gemeinden Brettach, Degmarn, Lampoldshausen, Löwenstein, Kochertürn, Neuenstadt und Weinsberg. 4.578 Wohngebäude, 1.867 Scheunen und Ställe sowie 275 sonstige Gebäude waren zerstört oder stark beschädigt, sämtliche Brücken von deutscher Seite auf dem Rückmarsch gesprengt worden, der Eisenbahn- und Straßenverkehr nahezu ganz zum Erliegen gekommen, die Wirtschaft ausgeblutet. Wirtschaftliche Vorgänge wickelten sich im allgemeinen nur im Tauschweg ab. Wesentliche Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Kleider, Schuhe oder Haushaltsgeräte blieben rationalisiert. Bei der Nahrungsmittelversorgung gab es außer Hungerportionen kaum etwas zu verteilen.

Durch Evakuierungsmaßnahmen während des Krieges hatte sich die Bevölkerung durch Zuzug aus dem Ruhrgebiet und anderen vom Luftkrieg bedrohten Gegenden erheblich verdichtet. Nach dem verheerenden Bombenangriff auf Heilbronn vom 4. Dezember 1944 flüchteten weitere Städter in den Landkreis. Im März und April 1945 mußten erneut durch Kriegereignisse obdachlos gewordene Einwohner wohnungsmäßig versorgt werden. Einhellige Meinung war damals, daß nunmehr der letzte verfügbare Raum belegt sei.

Wie schwierig der Neubeginn in Not und Elend war, zeigen die Themen der ersten Bürgermeisterdienstbesprechungen Ende April und Anfang Mai 1945. Der am 20. April von der amerikanischen Militärregierung als Landrat und zugleich als Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn eingesetzte Emil Beutinger, der bereits von 1921 bis 1933 die Geschicke Heilbronn geleitet hatte, machte die Bürgermeister mit Verfügungen zur Sicherstellung von Vorräten, zum Anbau von Nahrungsmitteln aller Art, zur Ausstellung von Passierscheinen, zum Sammeln von Munition auf den Feldern, zum Einebnen von Unterständen zum Schutz der im Krieg ausgelagerten Warenlager oder zur Verwendung des im Wald bereits geschlagenen Holzes bekannt. Zur Sicherstellung der Ernährung mußten die Bürgermeister alle Bestände an Kartoffeln melden. Für Schlachtungen ohne die vorgeschriebenen Fleischmarken wurden empfindliche Strafen in Aussicht gestellt. Getreide wie Weizen, Roggen und Gerste sollte ausgemahlen, jedoch nur ein Einheitsmehl hergestellt werden. Die Bürgermeister wurden vom Landrat auch mit zahlreichen Beschlagnahmeverfügungen bekanntgemacht. So sollten

alle in Fabriken vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte Landwirten zugeführt werden, da ohne diese Geräte eine ausreichende Bewirtschaftung der Felder nicht gesichert erschien. Aus allen Stempeln und Siegeln mußten die Gemeinden Hakenkreuze und Parteizeichen der NSDAP entfernen. Die Schulen blieben vorläufig geschlossen, Gottesdienste durften abgehalten werden.

Einen aufschlußreichen Einblick in die damaligen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Verwaltung, insbesondere aber auch in die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der ersten Nachkriegsjahre, vermitteln die wöchentlichen Berichte des Landrats an die amerikanische Militärregierung, die sich von Dezember 1945 bis Mai 1949 erhalten haben und im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrt werden.

Flüchtlinge und Vertriebene

Das schwierigste und komplizierteste bevölkerungspolitische Problem, vor dem der Landkreis Heilbronn und das 1945 geschaffene Land Württemberg-Baden standen, bestand in der Aufnahme der vor allem 1946 hereinströmenden Flüchtlingsmassen. Sie kamen in einen durch Fliegerangriffe und Kriegshandlungen stärker als alle anderen württembergischen Gebiete betroffenen Landkreis, in dem für die Aufnahme nichts vorbereitet war. Insbesondere fehlten Wohnungen und Baumaterial für den Wiederaufbau zerstörter Häuser. Am 11. Oktober 1945 waren sämtliche Gemeinden des Kreises Heilbronn zu Gemeinden mit Wohnungsnot erklärt worden: Als durchschnittliche Mindestbelegung für 1 Zimmer galten 2 Personen. Großen Haushaltungen stand 1 Wohnraum zu, Ehepaare mit einem Kind bis zu 12 Jahren hatten keinen Anspruch auf ein weiteres Schlafzimmer. Falls Wohnungsinhaber nicht von sich aus oder durch Vermittlung des Wohnungsamtes eine angemessene Belegung ihrer Wohnung herbeiführten, sollten die überflüssigen Räume beschlagnahmt werden.

Bei dieser schon fast unhaltbar gewordenen Lage erhielt das Landratsamt mit Erlaß vom 23. Oktober 1945 die Mitteilung, daß das damalige Land Württemberg-Baden in den kommenden 5 Monaten etwa 300.000 Flüchtlinge aus dem Osten (dies entsprach etwa 22% der Bevölkerung) aufzunehmen habe. Für den Landkreis Heilbronn war zunächst die Zahl 15.000 im Gespräch, die sich dann bis 1949 auf über 20.000 erhöhen sollte. Am 7. November 1945 stimmte der am 16. Oktober von der Militärregierung zum kommissarischen Landrat bestellte Hermann Sihler die Bürgermeister auf das Problem ein, das nur gelöst werden könne, wenn „die ganze Bevölkerung das notwendige Verständnis zeigt für die Lage, in der wir uns befinden“. Gefordert seien gerade auch die nicht durch den Krieg beschädigten Landgemeinden, die glaubten, daß ihnen nach Beendigung des Krieges nichts mehr passieren könne. Dies sei ein außerordentlicher Irrtum. „Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nach einem restlos verlorenen Krieg nicht sofort wieder besser werden kann.“

Nach einer gewissen „Schonfrist“ während der kalten Jahreszeit traf am 6./7. Februar 1946 der erste organisierte Flüchtlingstransport mit etwa 700 Personen, zum größten Teil Weinbauern aus der Gegend um Budapest, in den als Auffanglager hergerichteten Baracken des Roten Kreuzes am Heilbronner Bahnhof

sowie dem Flakturm beim Schlachthof ein. Da der Landkreis allein zwischen Februar und Juli 1946 etwa 15.000 Vertriebene aufnehmen mußte – weitere 5.000 waren bis dahin bereits größtenteils als Einzelgänger gekommen –, ergaben sich erhebliche Probleme bei der Verteilung und Unterbringung in den Gemeinden. So fürchtete Landrat Sihler schon in seinem Wochenbericht vom 11. Februar 1946, daß es in den Gemeinden zu Unruhen kommen werde und die Aufnahme der Ostflüchtlinge nur durch schärfsten Zwang erreicht werden könne. Es sei nicht abzusehen, wie die Flüchtlinge in den schon stark belegten Gemeinden untergebracht werden könnten, auch seien die Bedenken nicht unbegründet, Bauernhäuser gleich streng wie Häuser in den Städten zu belegen, da der Landwirt eine größere Bewegungsfreiheit gewohnt sei.

Die Probleme vom Februar 1946 lassen sich besonders anschaulich am Beispiel von Ilsfeld, einer Gemeinde mit damals etwa 2.000 Einwohnern, darstellen: Durch Kriegsereignisse im April 1945 waren 56 Wohnhäuser mit etwa 90 Wohnungen total abgebrannt. Die hierdurch obdachlos gewordenen Familien mußten zusätzlich untergebracht werden. Es befanden sich im Februar 1946 noch 120 Evakuierte aus Heilbronn und 150 Personen aus anderen bombardierten Städten in Ilsfeld, dazu bereits 70 Ostflüchtlinge, die als entlassene Soldaten, durch Vermittlung des Arbeitsamtes oder auf sonstigem Wege nach Ilsfeld gezogen und als landwirtschaftliche Arbeitskräfte tätig waren. Und nun sollten im Februar 1946 weitere 200 Ostflüchtlinge zugewiesen werden, ein für die Gemeindeverwaltung untragbarer Zustand.

Angesichts dieser Zahlen nimmt es nicht wunder, wenn zwischen Februar und Mai 1946 die Probleme bei der wohnungsmäßigen Unterbringung der Flüchtlinge – die berufliche Eingliederung machte anfangs aufgrund des Arbeitskräftebedarfs in der Landwirtschaft keine wesentlichen Schwierigkeiten – immer wieder im Vordergrund der wöchentlichen Berichte des Landrats an die Militärregierung standen. Da Anfang März 1946 die Zahl der Flüchtlingstransporte zusehends anstieg und die Zahl der „Einzelgänger“ – in der letzten März-Woche allein 664 – zunahm, mehrten sich Aufnahmeverweigerungen in den Gemeinden. Bei dem Bemühen, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf ihre Pflichten gegenüber den vertriebenen Ostflüchtlingen hinzuweisen, ergaben sich für Landrat Sihler zusätzliche Schwierigkeiten dadurch, daß es moralisch und rechtlich kaum zu begründen war, eine rein deutsche Bevölkerung aus Gebieten zu entfernen, in welchen sie mindestens Hunderte von Jahren gelebt hatte. Da örtliche Wohnungskommissionen unter Leitung der Bürgermeister vielfach nicht über ausreichende Autorität verfügten, um Wohnraum zu beschlagnahmen, wurde im März 1946 beim Landratsamt eine eigene Wohnungskommission gebildet, die ihre Entscheidungen unbeeinflusst von persönlichen Beziehungen in den einzelnen Gemeinden treffen konnte. Bei der Tätigkeit der Wohnungskommission mußte ab Ende März 1946 wiederholt die Landespolizei in Anspruch genommen werden. Schwierigkeiten bereiteten im März auch die von Flüchtlingen mitgebrachten Pferdegespanne. So umfaßte ein Transport von 53 Schwaben-Umsiedlern am 23. März 1946 auch 20 Pferde, für die die Futterbeschaffung auf größte Schwierigkeiten stieß. Auch standen die Flüchtlingsgespanne teilweise ohne Arbeit in den Landgemeinden, da die Bauern die hohen Fuhrlöhne nicht bezahlen konnten.

Auch im April 1946 zählte das Hereinströmen der Flüchtlinge zu den schwersten Problemen für die Landkreisverwaltung. Am 1., 2. und 3. April kamen nach einem Hinweis des Arbeitsamtes, daß im Landkreis Heilbronn noch Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlten, gleich 3 größere Transporte mit insgesamt 1.553 Personen. Neben einigen Fabrikarbeitern handelte es sich größtenteils um landwirtschaftliche Arbeiter und Weinbauern aus Ungarn, darüber hinaus wurden 1.175 Einzelgänger gezählt, so daß sich die Frage der Unterbringung weiter zuspitzte und die Einweisung in manchen Gemeinden nur mit Hilfe der Landespolizei erzwungen werden konnte. Der Landrat beklagte in diesem Zusammenhang die mangelnde Bereitschaft örtlicher Wohnungskommissionen, durch Zwang jeden nur irgendwie verfügbaren Raum zu beschlagnahmen.

Zwei weitere größere Transporte – neben 312 Einzelreisenden – kamen am 9. April (503 Personen aus Ungarn) und 12. April 1946 (400 Personen und 12 Pferde aus Bessarabien). Die Männer stammten teils aus der Landwirtschaft, teils aus dem Bergbau, dem Handwerk und Fabriken. Wiederum standen bei allen Besprechungen wie der Bürgermeisterdienstversammlung am 13. April im

Wo bleibt das Verständnis der Aemter für die Flüchtlinge?

Ein Brief aus Nordheim veranlaßt uns, dort die Flüchtlingslager in Augenschein zu nehmen.

Im Saal der „Rose“, einem großen, düsteren Raum mit Fenstern an drei Fronten und einer Bühne auf der vierten Seite wohnen elf Erwachsene und 15 Kinder. Betten sind ausreichend vorhanden, der Saal wird im Winter aber sehr kalt sein.

Von der „Rose“ gehen wir zur Schule, fast am Ende des Ortes. Im ersten Saal wohnen sechs Erwachsene und drei Kinder. Der nächste Raum beherbergt acht Erwachsene und zwei Kinder. Die Betten sind in diesen beiden Räumen ausreichend. Im dritten Zimmer sind neun Erwachsene und sieben Kinder in zehn Betten untergebracht. Ein Herd ist nicht im Raum, weil kein Platz dafür vorhanden ist. In einem kleineren Zimmer wohnen zwei Erwachsene und zwei Kinder, aber auch ohne Heizmöglichkeit. In einem weiteren Raum von zirka 40 Quadratmeter Flächeninhalt sind sieben Erwachsene und acht Kinder zu Hause. Ein kleiner Sparherd spendet hier Wärme. In einem weiteren unheizbaren Zimmerchen wohnt eine Frau mit ihren zwei kleinen Kindern. Im Kellergeschoß ist ein Raum von ungefähr 40 Quadratmeter Fläche, in welchem monatlang 38 Personen hausen mußten. Heute sind es noch 22, davon 14 Kinder. Im Raum ist kein Ofen oder Herd. Die Kinder erhalten schon monatlang kein warmes Frühstück. Die Männer arbeiten auf dem Bau und wenn sie mit nassen Kleidern abends nach Hause kommen, sind die Kleider am Morgen noch naß.

Wir nehmen mit dem Bürgermeister und dem Sachbearbeiter für das Flüchtlingswesen

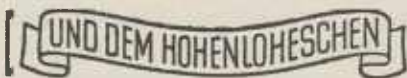
Rücksprache. Es wird uns versichert, daß die Leute aus der „Rose“ noch bis zum Ende dieses Monats in Privatwohnungen untergebracht würden. Auch aus dem Kellersaal sollen die Leute herausgenommen werden. Man will die großen Zimmer durch Zwischenwände teilen und es so ermöglichen, daß jede Familie in einem Zimmer für sich untergebracht ist.

Es ist nicht zu übersehen, daß Nordheim selbst viel Wohnraum durch Bombenschaden verloren hat. Doch bei gutem Willen ist noch vieles möglich, der bevorstehende Winter macht eine rasche Abhilfe der Notstände zur Pflicht.

Bürgermeister Setzer beklagt sich, daß die Flüchtlinge bis heute weder Arbeitshenden, noch Bettwäsche oder Kleidung erhalten haben. Es fehlen außer den so dringend benötigten Ofenrohren auch Strohsäcke und Decken. Letztere wären zu beschaffen, aber die Leute haben kein Geld, diese zu kaufen. Sie haben keine Mäntel und keine Schuhe. Die Menschen können sich nicht umziehen, weil sie keine Wäsche zum Wechseln haben.

Das Wirtschaftsamt zeigt sich völlig verständnislos und gibt keine Bezugscheine heraus. „Es werden jetzt nur für zurückkehrende Soldaten Scheine ausgegeben“ sei die Antwort auf dem Wirtschaftsamt. Da aber die Soldaten erzählen, sie erhielten keine Bezugscheine, weil alles für die Ausgebombten bestimmt sei und diese wiederum der Meinung sind, daß nur für die Flüchtlinge gesorgt werde, bleibt die Frage offen, wer nun eigentlich etwas bekommt und es wäre zu erwägen, ob von Regierungsseite nicht doch einmal die Warenlager auf dem flachen Land, die da und dort noch in Sälen versteckt sind, in Augenschein genommen werden sollten. Vielleicht wäre dann doch die eine oder andere Zuteilung möglich und unsere junge, kaum geborene Demokratie würde weniger Unzufriedene sehen.

Franziska Schmidt.



Zur Unterbringung von Vertriebenen in Nordheim – Ausschnitt aus der Heilbronner Stimme vom 24. Oktober 1946 – Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn

Heilbronner Schießhaus die Probleme der Ostflüchtlinge im Vordergrund. Ihre Betreuung wurde Mitte April 1946 durch die Zuteilung von 2.000 Wolldecken, 2.500 Bettstellen für Erwachsene und 500 Kinder-Bettstellen ein wenig erleichtert, doch konnte der Bevölkerung nach Landrat Sihler nur schwer klargemacht werden, „warum es notwendig ist, diese Millionen von Ostflüchtlingen in unser an sich dichtbevölkertes Gebiet hineinzupressen, während die rein deutschen Gebiete östlich der Oder nunmehr leere Dörfer und Städte seien“. Verstärkt wurden die Probleme bei der Unterbringung von Ostflüchtlingen auch dadurch, daß sich viele Evakuierte aus menschlichen und sachlichen Gründen gegen einen Rücktransport sträubten, weil sie Verwandte oder Arbeitsmöglichkeit in ihrem neuen Wohnort gefunden hatten. Erst der Mai 1946 brachte für den Landkreis die Erleichterung, keine größeren Flüchtlingstransporte mehr aufnehmen zu müssen, doch galt es nunmehr, die schon im Landkreis befindlichen 18.000 bis 19.000 Ostflüchtlinge aus Gemeinschaftslagern wie Schul- und Wirtshaussälen herauszunehmen, sie in den Arbeitsprozeß einzugliedern und allen „Neubürgern“ eine neue Heimat zu geben.

Doch gerade die Auflösung der Gemeinschaftslager bereitete erhebliche Schwierigkeiten. So lebten nach einem Bericht der Heilbronner Stimme vom 6. August 1946 in Dahenfeld 30 Erwachsene und Kinder in einem Gasthaussaal, den sie am Samstag für den Tanz der Dorfjugend freimachen mußten. In Kirchhausen waren zum gleichen Zeitpunkt 35 Personen in einem etwa 45 qm großen Raum untergebracht, in Nordheim lebten 39 Personen in einem Saal, in Biberach 39 Personen in der Turnhalle, während in Flein ein Schulraum und in Zaberfeld ein früher als Jagdhütte dienender Eisenbahnwagen im Wald belegt waren. Zum 1. Oktober 1946 wurde daher beim Landratsamt ein Wohnungskommissar eingestellt, der sich ausschließlich mit den Schwierigkeiten zu befassen hatte, welche aus der Raumnot in den Gemeinden wegen der Ostflüchtlinge erwachsen. Verstärkt wurde die Wohnungsnot auch dadurch, daß 1946 der Wiederaufbau zerstörter Gebäude oder der Einbau zusätzlicher Wohnungen an der Materialbeschaffung scheiterte. Es fehlte an Holz, Glas, Beschlägen oder Material für die elektrische Installation, so daß manche Häuser im November 1946 schon seit Monaten im Rohbau fertig waren, aber nicht beziehbar gemacht werden konnten. Auch der Landkreis machte diese Erfahrung beim Wiederaufbau seines im Dezember 1944 zerstörten Amtskörperschaftsgebäudes. Angesichts der auch hinsichtlich der Ernährung sehr ernsten Lage im Dezember 1946 wurden zahlreiche Weihnachtsfeiern zugunsten der nun als Neubürger bezeichneten Ostflüchtlinge veranstaltet und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, sie so rasch wie möglich in das Wirtschaftsleben einzugliedern.

Nachdem schon Ende August 1946 der Zuzug weiterer Flüchtlinge in die amerikanische Besatzungszone angekündigt worden war, erhielt Landrat Sihler am 15. Januar 1947 anläßlich einer Besprechung von Flüchtlingsfragen mit dem Innenministerium den Hinweis, daß das Land Württemberg-Baden im Frühjahr 1947 weitere 100.000 Vertriebene aufnehmen müsse. Das Landratsamt Heilbronn erklärte daraufhin, daß zwar alles zur Erfüllung der gestellten Aufgabe getan werde, „daß aber der Kreis Heilbronn in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, welche sich aus den schweren Kriegsschäden ergeben, unter allen Umständen in Bezug auf die Zuteilung von weiteren Flüchtlingen“ Schonung ver-

diene. Der wirtschaftliche Wiederaufbau, so Landrat Sihler im Februar 1947, sei unmöglich, wenn zu einer an sich schon dichten Bevölkerung Millionen von Ostflüchtlingen kämen und wenn dabei diejenigen Ostgebiete abgetrennt würden, welche seither in der Hauptsache die Ernährung für die deutsche Bevölkerung produziert hätten. Im Februar 1947 erfuhr Sihler aber auch, daß in Schleswig-Holstein noch weit schwierigere Verhältnisse herrschten und der Landkreis Herzogtum Lauenburg mit 1,4 Millionen Einwohnern 1,2 Millionen Neubürger aufnehmen mußte.

Größere organisierte Flüchtlingstransporte kamen im Laufe des Jahres 1947 aber nicht mehr nach Heilbronn, dafür stieg die Zahl von Flüchtlingen, die „schwarz“ aus der russischen Besatzungszone in die westlichen Zonen überwechselten. Problematisch blieb daher 1947 die Frage der Unterbringung, und am 26. Juli wurden mit größter Aufmerksamkeit eine größere Anzahl von in Lauffen erstellter Leimbauten besichtigt. Angesichts der Schwierigkeiten auch bei der Ernährung galten die Bemühungen im Herbst 1947 vor allem einer Verständigung zwischen Alt- und Neubürgern. Auf einer Versammlung der Bürgermeister und örtlichen Vertrauensleute der Neubürger im Böckinger Sporthaus mahnte am 6. November 1947 Direktor Bettinger vom Innenministerium, daß die Verschmelzung von Alt- und Neubürgern vor allem auch deshalb beschleunigt werden müsse, weil mit einer Rückkehr in die alte Heimat nicht mehr zu rechnen sei. Den Neubürgern müßten gleiche Rechte gegeben werden bei der Verteilung bewirtschafteter Güter sowie bei der Beteiligung in Handel, Handwerk und Industrie. Wie schwierig sich jedoch das Verhältnis zwischen Alt- und Neubürgern in jener Zeit gestaltete, sei am Beispiel der Kreis- und Gemeinderatswahl vom Dezember 1947 aufgezeigt: Die Neubürger hatten das Bestreben, sich zu organisieren und eigene Stimmzettel herauszugeben, doch nach einem Erlaß des Innenministeriums vom 11. November 1947 durften – um Gegensätze zwischen Alt- und Neubürgern zu vermeiden – keine Wahlvorschläge zugelassen werden, wenn aus der Liste der Kandidaten hervorging, daß es sich um Flüchtlinge handelte – für Landrat Sihler eine nicht unbedeutende Einschränkung des demokratischen Wahlrechts. Bei der Kreistagswahl vom Dezember 1947 wurden dennoch 3 Neubürger in den Kreistag gewählt, was als erster Schritt zur Überwindung des „Trennungsgrabens“ gedeutet wurde.

Auch im Jahre 1948 gehört die Eingliederung der Vertriebenen zu den wichtigsten Problemen im Landkreis und war eines der Hauptthemen der Aussprachen zwischen Militärregierung, Landkreisverwaltung und den Bürgern in zahlreichen Gemeinden anläßlich der Gemeindeforen. Eine Ausstellung über Leistungen von Neubürgern in Brackenheim im September 1948 sollte ebenso um Verständigung zwischen Alt- und Neubürgern werben wie zahlreiche Weihnachtsfeiern in Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung.

Ernährungslage

Das Leben nach 1945 war zunächst ein Leben nach Kalorien. Seit wir nach Kalorien leben, so Landrat Sihler im Juli 1946, geht es uns verhältnismäßig schlecht, solange wir nichts davon gewußt haben, ist es uns gut gegangen.

Die Ernährungslage galt Anfang Januar 1946 noch als geordnet, nicht zuletzt auch deshalb, weil die amerikanische Militärregierung dem Landkreis Heilbronn 750t amerikanisches Mehl zur Verfügung stellte, das teils als Kochmehl verwendet wurde und teils dem deutschen Mehl zur Verbesserung des Brotmehls beigemischt wurde. Die Versorgung mit Lebensmitteln war bewirtschaftet, der Landkreis zur Ablieferung bestimmter Mengen an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln verpflichtet. So betrug die Gesamtablieferung im Kreis Heilbronn bis zum 19. Januar 1946

Brotgetreide	5.494 t = 52,8 % des Ablieferungssolls
Gerste	2.785 t = 73,3 % des Ablieferungssolls
Hafer	1.165 t = 44,8 % des Ablieferungssolls
Kartoffeln	19.188 t = 79,9 % des Ablieferungssolls

Um die notwendigen Getreideablieferungen sicherzustellen, sollten säumige Landwirte keine Schlachtscheine oder Mahlscheine erhalten, auch wurden vor allem im Februar 1946 Hofbegehungen durchgeführt. Im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung sollte die Landwirtschaft alles aus dem Boden herausholen, was überhaupt herausgeholt werden konnte, doch setzte diesen Bemühungen der Mangel an Düngemitteln und Arbeitskräften Grenzen. Die Beschäftigten in der Landwirtschaft sollten daher zunächst nicht zu den Aufräumarbeiten in Heilbronn und in den schwer beschädigten Orten des Landkreises herangezogen werden und viele der seit Februar 1946 in den Landkreis hereinströmenden Flüchtlinge waren willkommene Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, orientierten sich jedoch sobald wie möglich zur Industrie, was zu Klagen über „Landflucht“ Anlaß gab.

Ab März 1946 wurde die Versorgungslage weniger günstig beurteilt, weil die in Aussicht gestellten Lebensmittelzufuhren aus Amerika wegen des Mangels in großen Teilen der Welt ausblieben und nunmehr die gewaltigen Flüchtlingsströme einsetzten. Die Lebensmittelrationen bei Mehl und Brot mußten reduziert werden. Ein Bericht des Landwirtschaftsamtes Heilbronn vom 8. Mai 1946 nennt die wesentlichen Probleme jener Zeit: so fehlte Saatgut für Luzerne, Rotklee und Mais, die Sommersaaten waren dünn und ungleich, der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten groß. Bekämpft werden mußten Kartoffelkäfer und Erdflöhe, und die üblicherweise im Mai einsetzende Milchzunahme blieb wegen Mangel an Futter und Stallungen aus. Hingewiesen wurde auch auf die täglichen Klagen von Landwirten über die ungenügende Baustoffzuteilung zum Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkung zerstörten Ställe und Scheunen. Zur Sicherstellung der Ernährung sollten daher bei der Zuteilung von Baumaterialien Scheunen und Ställe Vorrang vor Wohngebäuden erhalten.

Im Juni 1946 – durch einen Dambruch am Weser-Ems-Kanal lagen große Getreidemengen fest, die in Bremen eingelaufen waren und nach Süddeutschland verladen werden sollten – wurde bereits von Lebensmittelknappheit gesprochen, die die Arbeitsleistungen beeinträchtigte, im August wurde mit den Ortsobmännern des Landkreises der Umbruch von Wiesen zu Äckern erörtert, um die Getreideanbaufläche wieder auf den Stand von 1939 zu bringen. Ende 1946 wurde die Ernährungslage immer ernster beurteilt, nachdem die Kartoffelernte wegen Mangel an Düngemitteln und Saatgut hinter den Erwartungen zu-

rückgeblieben war und von den bei der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Jagstfeld zur Anlieferung kommenden Kartoffeln 100 t zur Behebung der Notlage nach Stuttgart geliefert werden mußten. Viele Landwirte versuchten zudem, Produkte zurückzuhalten, um Sachwerte zu haben. Am 23. Dezember 1946 bezeichnete Landrat Sihler die Lage als „besonders ernst“, nachdem neben der Ernährung auch die Versorgung mit Kleidung und angesichts ungewöhnlich strenger Kälte auch die Versorgung mit Heizmaterial Sorge bereitete. Da die Bevölkerung im Winter 1946/47 auch durch die Herabsetzung der Fleisch- und Fettrationen beunruhigt wurde, sah Landrat Sihler im Februar 1947 alle Bemühungen um Erziehung zur Demokratie erschwert, wenn die Ernährung nicht besser, sondern schlechter werde. Machte zwischen März und Mai 1946 die Flüchtlingsfrage der Landkreisverwaltung die größte Sorge, so war es 1947 die wiederholt als sehr ernst bezeichnete Ernährungslage (Mitte April 1947 erlaubten die Mehlvorräte eine lückenlose Versorgung nur noch für 8 Tage), die auch Hofbegehungskommissionen zur Auffindung noch verfügbarer Lebensmittel nicht nachhaltig verbessern konnten. Bezeichnend für die schwierige Lage auf dem Ernährungssektor war 1947 die Frühkartoffelernte in Lauffen, zu der aus Stuttgart und anderen Mangelgebieten die Menschen in großer Zahl nach Lauffen strömten und Kartoffeläcker stürmten. Durch ein größeres Polizeiaufgebot (40 Mann) wurden Bahnhof und Zufahrtsstraßen überwacht, wildes Aufkaufen verhindert und Landwirte vor den Belästigungen geschützt. Auch ein Panzerspähwagen und 6 bis 8 Jeeps waren im Einsatz.

Die Stimmung unter der Landbevölkerung war 1947 sehr schlecht. Landwirte klagten, daß sie nur arbeiten und abliefern müßten und daß eine Kontrolle nach der anderen komme, während es nicht möglich sei, den Landwirten auf regulärem Weg die notwendigen Betriebsmittel wie Maschinen, Werkzeuge, Düng- und Spritzmittel zu beschaffen. Die lang anhaltende Trockenheit im Sommer 1947 bereitete zusätzliche Sorgen und der Warenverkehr erfolgte immer mehr im Tausch. So gingen große Mengen Obst auf Neckarschiffen aus dem Landkreis hinaus nach Westfalen gegen Kohlen und andere Waren, Viehbestände mußten wegen der Dürre und Futtermangel um mehr als 50% verringert werden. Ab August 1947 häuften sich wieder die Besprechungen zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung, insbesondere nachdem Landwirtschaftsminister Stooss Anfang September davon sprach, daß 1947 nicht wie 1946 2 Zentner Kartoffeln, sondern nur noch 1 Zentner zur Einkellerung abgegeben werden könne und auch dieser eine Zentner fraglich sei. Die Führer der Gewerkschaften erklärten, daß sie für eine ruhige Haltung der Bevölkerung nicht mehr garantieren könnten, Speisegaststätten schlossen aus Mangel an Kartoffeln und Gemüse nacheinander, und am 20. September 1947 traten für Landrat Sihler gegenüber den Schwierigkeiten bei der Ernährung alle anderen Fragen in den Hintergrund, insbesondere Fragen der Außenpolitik oder des Aufbaus eines demokratischen Staates. Vielfach herrsche, so Sihler, die Meinung, daß ein kommender Krieg das kleinere Übel sei gegenüber der Lage, in welcher sich Deutschland zur Zeit befinde. Der Gedanke der Demokratie, so Sihler gegenüber der Militärregierung, könne im Volk keine Verbreitung finden, solange ein großer Teil der Bevölkerung um sein nacktes Leben zu kämpfen habe. Gerade bei der Ernährung habe die Bevölkerung kein Verständnis dafür, daß nach statistischen Angaben der polni-

schen Regierung in den in die polnische Verwaltung übergegangenen Gebieten des Deutschen Reiches 1946 nicht einmal 10 % der Erträge von 1938 erzielt wurden.

Auch 1948 gab es noch manche Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln. So hieß es im Januar, daß durch die Trockenheit vom vergangenen Jahr und Futtermangel die Milcherzeugung so stark abgesunken sei, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Fett nahezu unmöglich geworden sei. Daher sollte die Viehwirtschaft zur Steigerung der Milcherzeugung ausgebaut werden. Eine starke Mißstimmung über die ungenügende Lebensmittelversorgung, insbesondere über Mangel an Fleischzuteilungen, herrschte im April 1948, so daß anlässlich einer Betriebsräteversammlung aus Stadt und Kreis Heilbronn am 6. April das Verlangen geäußert wurde, den besonderen Verhältnissen in Stadt und Kreis Heilbronn bei Zuteilung von Lebensmitteln Rechnung zu tragen. Erst allmählich zeigte sich 1948 – nicht zuletzt auch begünstigt durch eine gute Ernte – eine Verbesserung der wirtschaftlichen und ernährungsmäßigen Lebensbedingungen, obwohl die Währungsreform anfangs auch viel Ungerechtigkeiten und Preissteigerungen mit sich brachte. So wurde bei den Kirchweihfesten und Herbstfesten 1948 Fleisch auch ohne Nahrungsmittelkarten, aber zum Teil zu überhöhten Preisen, abgegeben, was zu einer schärferen Überwachung der Bewirtschaftungsbestimmungen für Lebensmittel führte. Gaststätten wurden überprüft und Landwirten gestattet, nur nach Erfüllung ihres Ablieferungssolls selber zu schlachten, denn der kleine Mann dürfe nicht hungern, während der Reiche sich mit Schwarzmarktware satt esse.

Zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlich genutzten Fläche und damit zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion – Verbesserung von Bachläufen, Anlage von Feldwegen und Beregnungsanlagen, Bau von Brücken, Hochwasserschutz, Entwässerungen – konnten 1949, vielfach als Teil von Notstandsarbeiten, in Angriff genommen werden. Die Rationierung von Lebensmitteln wurde durch Anordnung des Bundesernährungsministers vom 2. Mai 1950 aufgehoben.

Mangel an Bedarfsgegenständen

Die wöchentlichen Berichte des Landrats informieren auch ausführlich über den Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere an Kleidung, Schuhen, Kohlen, Haushaltsgeräten, Fahrrädern oder Tabakwaren. Nur wenige Beispiele können im Rahmen dieses Beitrages angeführt werden: Im Juli 1946 lagen dem Landratsamt 5.000 Anträge auf Zuteilung von Fahrrädern vor, aber es gab nur 30 Fahrräder zum Verteilen.

Sehr schwierig gestaltete sich zeitweise auch die Versorgung mit Kohlen. Im Januar 1946 konnten erstmals verschiedene Wagen mit Koks und Eierbriketts verteilt werden, doch während damals in der Stadt Heilbronn bereits einzelne Handwerksbetriebe kleinere Kohlenzuteilungen erhielten, wurden im Landkreis Kohlenzuteilungen auf die Versorgung von Bäckern, Metzgern, Schmieden, Schulen, Behörden, Gärtnereien, Gaststätten, Ärzten und Apotheken beschränkt. Auch nachdem im März 1946 wieder das erste Kohlenschiff aus dem Ruhrgebiet

in Heilbronn eintraf, reichten die Kohlenmengen noch nicht für Zuteilungen an Privathaushalte aus. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme sei, so Landrat Sihler im Juli 1946, in erster Linie eine Kohlenfrage, die in weitem Umfang durch Kompensationsgeschäfte zu lösen versucht werde. Nur wer Waren für das Ruhrgebiet (Obst, Wein) beschaffe, erhalte Kohlen.

Gravierend war 1946 auch der Mangel an Schuhen. Zwar gab es immer wieder Sonderzuteilungen – im Januar 1946 2.000 Paar Schuhe für totalgeschädigte Gemeinden, Anfang März 1946 900 Paar Arbeitsschuhe für landwirtschaftliche Arbeiter –, doch konnte der Bedarf 1946 bei weitem nicht befriedigt werden, so daß im Oktober 1946 aus vielen Gemeinden berichtet wurde, daß die Kinder barfuß zur Schule gehen mußten. Da die Bevölkerung nicht ausreichend mit den notwendigsten Kleidungsstücken, Schuhen und sonstigen Gebrauchsgegenständen versorgt werden konnte, häuften sich Ende 1946 die Klagen über das beim Landratsamt mit der Verteilung der Waren befaßte Wirtschaftsamt, in dem in einem Raum übrigens 12 Angestellte arbeiten mußten.

Ein besonders fühlbarer Mangel herrschte auch bei Baumaterialien, so daß im Laufe des Jahres 1946 mehrfach geklagt wurde, daß die für die Sicherstellung der Ernährung so wichtigen Reparaturen an Scheunen und Ställen verzögert würden. Aber auch die durch den Zuzug der Ostflüchtlinge schon im Februar 1946 „fast bis ins Untragbare“ gesteigerte Wohnungsnot konnte nur allmählich durch Instandsetzungen, Neubauten oder Einbau zusätzlicher Wohnungen behoben werden. 1946 fehlten vor allem Ziegel und Backsteine, weil die Militärregierung die Ziegelproduktion beschlagnahmt hatte. Im Juli 1946 wären zur Instandsetzung der zerstörten Gebäude im Landkreis 34 Millionen Backsteine und 51 Millionen Ziegel notwendig gewesen, doch von Januar bis Juli gelangten nur 872.000 Backsteine und 726.000 Ziegel zur Verteilung. Im November 1946 fehlten auch Holz, Glas, Beschläge oder Material für elektrische Installationen, so daß viele Wohnungen und Gebäude monatelang im Rohbau fertig waren, aber nicht beziehbar gemacht werden konnten. Auch Zement war insbesondere 1947 Mangelware, weil das Zementwerk in Lauffen über keine Kohlenvorräte verfügte. Die Produktion von Baumaterialien war in erster Linie ebenfalls eine Kohlenfrage.

Im September 1947 galt für die Bevölkerung neben der Ernährung die Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs und insbesondere von Baumaterial als wichtigstes Anliegen. Bauen konnte in erster Linie nur derjenige, der durch Tausch- oder Kompensationsgeschäfte Sachwerte beschaffen konnte. So verdankte Weinsberg seinen schon 1947 in Angriff genommenen Wiederaufbau, der bereits im Mai „weit über den Durchschnitt hinaus“ Fortschritte gemacht hatte, seinem Wein. Im August 1947 kam es gar zu einem Streit zwischen dem Innenministerium und dem Landratsamt, als das Innenministerium Bauten aufgrund von Kompensationsgeschäften verbieten wollte, das Landratsamt aber vorläufige Baugenehmigungen erteilte, um zu verhindern, daß diejenigen, die sich Baumaterial beschaffen konnten, wochenlang am Bauen gehindert werden.

Erst 1949 zeigte sich – nachdem Preissteigerungen anlässlich der Währungsreform und die nur geringen Möglichkeiten der Landeskreditbank zur Gewährung von Krediten den Wohnungsbau ins Stocken gebracht hatten – eine Besserung

der wirtschaftlichen Lage. Die Kernfrage für alle Verwaltungen war nun der soziale Wohnungsbau und die Suche nach kostensparenden neuen Verfahren beim Wohnungsbau (sogenannte typisierte Bauten). Als unter den Architekten ein Wettbewerb über die beste und billigste Baumethode ausgeschrieben wurde, wurden nicht weniger als 145 Arbeiten eingereicht. Bemerkenswert auch, wie schon 1949 die ersten Bemühungen einsetzten, diejenigen Arbeitnehmer, die im Stadtkreis Heilbronn, in Neckarsulm oder in Bad Friedrichshall beschäftigt waren und einen längeren Anfahrtsweg zu ihrer Arbeitsstelle zurückzulegen hatten – durch die Landflucht waren die Pendlerströme stark angestiegen –, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes anzusiedeln. Nach einem ersten gescheiterten Wohnprojekt beim Hipfelhof wurden dann im Dezember 1953 die ersten Wohnungen der Mustersiedlung Neckarsulm-Amorbach bezogen.

Verkehr

Auch Fragen des Verkehrs bildeten wichtige Themen in den wöchentlichen Berichten des Landrats an die Militärregierung. Kraftfahrzeuge wurden für lebenswichtige Betriebe beschlagnahmt und Treibstoff im März 1946 nur für dringende Lebensmittel-, Brennholz- und Baustofftransporte zugeteilt, mitunter auch einmal wie im Oktober 1947 20% der Personenkraftwagen wegen Treibstoffmangel stillgelegt. Eine wichtige Voraussetzung für die Zulassung von Kraftfahrzeugen war ab 1. April 1946 auch der Nachweis über politische Unbedenklichkeit sowie insbesondere der Nachweis über die wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Inbetriebnahme des Neckarkanal von Haßmersheim bis Heilbronn im April 1946 wurde als Beweis gewertet, daß es in Stadt und Kreis Heilbronn wieder aufwärts gehe. Im Juli 1946 wurde die Durchgangsstraße durch Weinsberg dem Verkehr übergeben, angesichts der weitgehenden Zerstörung Weinsbergs war die Straße breiter ausgebaut und die schon damals lange gehegte Absicht einer Umgehungsstraße um die Weibertreu fallengelassen worden. Im September 1946 wurde die Kochertalbahn Jagstfeld – Ohrnberg wiedereröffnet, so daß die Produkte der Gemeinden im Kochertal mit reicher Landwirtschaft nun leichter zur Lebensmittelversorgung herangezogen werden konnten. Im Dezember 1946 wurde als erste und wichtigste der zerstörten Neckarbrücken die Lauffener Brücke wiederhergestellt und eingeweiht, wodurch sich eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse von Stuttgart nach Heilbronn ergab. Aber noch war der Zustand der meisten Straßen im Landkreis schlecht. Sie sollten im Juni 1948 so rasch wie möglich in einen brauchbaren Zustand versetzt werden, doch wurden alle Arbeiten nach der Währungsreform angesichts fehlender Geldmittel zunächst wieder eingestellt. Der Baukostenindex war gegenüber den Vorkriegsjahren um das 3- bis 4fache gestiegen.

Bemühungen um einen demokratischen Wiederbeginn

Die ersten freien Gemeinderatswahlen fanden am 27. Januar 1946 in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern statt. Zwar herrschte eine rege Versammlungstätigkeit

und durch Bürgerversammlungen sollte das Interesse am Wiederaufbau des Staates geweckt werden, doch wirkte sich das Fehlen der Presse – die Heilbronner Stimme erschien zum ersten Mal am 28. März 1946 – sowie der Mangel an Treibstoff und Beförderungsmöglichkeiten ungünstig auf die Wahlvorbereitung aus. Auch fehlte das Interesse der Frauen, die etwa 70% der Wahlberechtigten stellten, da viele Männer aus politischen Gründen nicht wahlberechtigt waren. Die Wahlbeteiligung von 86,5% war dann aber doch erfreulich hoch, doch vermittelte diese erste Wahl noch kein Bild über die Stärke der politischen Parteien, da es in vielen Gemeinden nur einen Wahlvorschlag gab, so daß 51% der Sitze auf „Sonstige“ fielen. Die gewählten Gemeinderäte mußten durch die Militärregierung bestätigt werden, und es gab anschließend wie in Lauffen eine starke Mißstimmung, wenn Gemeinderäte mit der höchsten Stimmenzahl nicht bestätigt wurden. Dem Landratsamt wurde vorgeworfen, daß es mit dem Wesen der Demokratie nicht vereinbar sei, diejenigen Gemeinderäte nicht zu bestätigen, die in erster Linie das Vertrauen der Bevölkerung besitzen.

Am 28. April 1946 folgten die Wahlen zum Kreistag, die bei der Bevölkerung weniger Interesse fanden, weil es in Württemberg früher Wahlen zum Kreistag nicht gegeben hatte und die Landbevölkerung im April durch Arbeiten in der Landwirtschaft in Anspruch genommen war. Die Wahlbeteiligung lag daher nur bei 58%. Auch die Vorbereitungszeit war viel zu kurz, da der Landrat erst am 1. April eine Kreiswahlordnung erhielt und nun erst Wahlkreise gebildet werden konnten. Die demokratische Volkspartei erhielt 13, die SPD 12, die CDU 11 Sitze.

Anfang Mai 1946 wurden die Bürgermeister durch die Gemeinderäte gewählt: In 51 Gemeinden wurden die bisher kommissarisch tätigen Bürgermeister gewählt, in 36 Gemeinden neue, in 9 Gemeinden die Wahl verschoben, weil sich entweder keine geeigneten Kandidaten zur Verfügung gestellt hatten oder der Gemeinderat noch unschlüssig war, aus 2 Gemeinden erhielt das Landratsamt keine Meldungen. In einigen Gemeinden ergaben sich sogleich Schwierigkeiten durch die Wahl von Bürgermeistern, welche 1945 auf Weisung der amerikanischen Militärregierung entlassen worden waren.

Im Juni und November 1946 folgten die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung und zum Landtag, letztere bei ebenfalls nicht allzu großem Interesse, da viele Landwirte über den Ablieferungszwang bei landwirtschaftlichen Produkten verärgert waren. Die Stimmenverteilung betrug im Juni 1946: CDU 15.153, DVP 10.419, SPD 15.382, KPD 2.200, im November 1946: CDU 16.311, DVP 13.938, SPD 16.399 und KPD 2.496.

Im März 1948 wurden erstmals die Bürgermeister durch die Bevölkerung gewählt, wodurch sich manch eigenartige Vorkommnisse ergaben. So wurde der damalige Bürgermeister von Gochsen gleichzeitig in 4 größeren badischen Gemeinden gewählt und in 7 weiteren badischen Gemeinden in die Stichwahl genommen, so daß, nachdem er sich für Neckargemünd entschied, in 10 anderen Gemeinden Neuwahlen notwendig wurden.

Personelle Schwierigkeiten bei der Verwaltung – Entnazifizierung

Große personelle Schwierigkeiten ergaben sich bei der Landkreis- und den Gemeindeverwaltungen nach 1945 durch die von den Amerikanern im Sommer und Herbst 1945 eingeleitete rigorose politische Säuberung, die die öffentliche Verwaltung weitgehend lahmzulegen drohte. Mitglieder der NSDAP durften nicht mehr als Beamte mit Weisungsbefugnissen tätig sein, seit dem 26. September 1946 auch in Geschäftsunternehmen lediglich als einfacher Arbeiter beschäftigt werden. Ein am 5. März 1946 erlassenes Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus skizzierte die Grundsätze für die politische Säuberung: Alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit verantwortlich gemacht hatten, sollten von jeglicher Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen werden. Zur Ermittlung des Kreises der Betroffenen sollte jeder über 18 Jahre alte Deutsche einen Meldebogen ausfüllen und die vom Gesetz Betroffenen dann von Spruchkammern nach dem Grad ihrer politischen Belastung als Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete eingestuft und mit Sühnemaßnahmen (Arbeitslager, Vermögensentzug, Geldstrafe, Berufsverbot) belegt werden.

Für die Landkreisverwaltung und für die Gemeinden hatte die politische Säuberung zur Folge, daß zu einem Zeitpunkt, in dem die Aufgaben (Wiederaufbau, Sicherstellung der Ernährung, Unterbringung der Flüchtlinge) stiegen und auch zahlreiche Rückstände infolge der Kriegseignisse aufzuarbeiten waren, der größte Teil des Fachpersonals – bei den Gemeinden in erster Linie die Gemeindepfleger und Ratschreiber – entlassen wurde. So stieß nach einem Lagebericht der Kreispflege schon im Januar 1946 die Abwicklung des Dienstbetriebes auf immer größere Schwierigkeiten und Landrat Sihler forderte seit März 1946 wiederholt eine beschleunigte Durchführung der Entnazifizierung, damit viele Beamte, die nur dem Namen nach Mitglieder der NSDAP waren, wieder eingestellt werden konnten. Die „Lumpen“ bestrafen, so hieß es, die anderen sollten rasch wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Doch erst im Juni 1946 wurden für Stadt und Kreis Heilbronn Spruchkammern gebildet, weil nicht so rasch politisch unbelastete Männer gefunden werden konnten. Ende Oktober 1946 lagen schließlich 131.528 Meldebogen zur Bearbeitung vor, von denen bis dahin erst rund 17.000 bearbeitet waren (14.550 Personen waren nicht betroffen, 2.801 Verfahren eröffnet). So zogen sich die Spruchkammerverfahren über mehrere Jahre hin und im Sommer 1948 sprach Landrat Sihler gar von einem Schiffbruch bei der Entnazifizierung, weil 1946 noch viel strenger als 1948 geurteilt worden sei. Die Aussicht für politisch Belastete, für entlastet erklärt zu werden, habe sich 1948 wesentlich gebessert. Eine Verbitterung herrsche bei denjenigen, welche die Spruchkammer durchlaufen hätten, als noch eine strengere Auffassung herrschte.

Sicherheit

Ein großes Problem im Landkreis Heilbronn bildete nach 1945 auch die Frage der Sicherheit, die bis 1948 vor allem durch Übergriffe und Diebstähle von Polen, die aus Bremen in das Lager Weinsberg verlegt worden waren, bedroht erschien und im Weinsberger Tal im Februar 1946 „größte Erregung“ verursachte. Landwirte getrauten sich zeitweise aus Furcht vor Plünderungen zu Hause nicht aufs Feld, in Flein wurde im Januar 1948 ein junger Mann erschossen. Manche Gemeinden wie Talheim stellten Ortswachen auf und schalteten die ganze Nacht die Straßenbeleuchtung an.

Sonstiges

Auch Fragen der Verwaltungs- und Gemeindereform wurden nach 1945 im Ansatz erörtert, vor allem unter Bezugnahme auf die unter dem Nationalsozialismus durchgeführte Kreisreform des Jahres 1938. So überreichte am 20. Mai 1945 der Brackensteiner Bürgermeister Eberle dem Landrat einen Antrag auf Wiedererrichtung des Landkreises Brackenheim. Beauftragte Vertreter der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Arbeiter hatten die Wiedererrichtung des Landkreises Brackenheim beantragt und hervorgehoben, daß die Stadt Brackenheim das Verkehrs- und Wirtschaftszentrum des ganzen Zabergäus, die Metropole des Weinbaues und der Landwirtschaft sei. Nachdem der Nationalsozialismus verschwunden sei, sollten auch deren Taten, welche nicht im öffentlichen Interesse lagen, aufgehoben werden. Landrat Beutinger kommentierte diesen Antrag mit den eindeutigen Worten: „Lassen Sie doch diesen Unfug“. Für die Landkreisverwaltung gab es nämlich wichtigere Aufgaben zu lösen, als bestehende Kreise wieder zu trennen. Dies zeigte sich auch im Sommer 1947, als es in Neckarsulm nicht zuletzt unter Hinweis auf Schwierigkeiten bei der Kartoffellieferung und Kohlenversorgung Bestrebungen zur Wiedererrichtung des Landkreises Neckarsulm gab. In einer Sitzung des Kreisrates am 18. Juli 1947 faßte Landrat Sihler das Ergebnis einer Aussprache dahin zusammen, daß vorhandene Mißstände nicht auf die Größe des Landkreises Heilbronn, sondern hauptsächlich „auf die derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse zurückzuführen seien, daß aber im übrigen auch bei eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände eine Notwendigkeit für die Wiederherstellung des früheren Kreises Neckarsulm und damit für eine Änderung der Kreiseinteilung des Landes nicht anerkannt werden könne“.

Schlußbemerkung

Bei der ersten Kreistagssitzung am 4. Juli 1946 zitierte der Neckarsulmer Bürgermeister Häussler das amerikanische Sprichwort: „Wir wissen nicht, wohin wir gehen, aber wir sind auf dem Weg“. Der Weg für den Landkreis Heilbronn wurde damals noch als steinig, uneben, finster und dunkel angesehen, zu sehr standen die Probleme der Eingliederung der Flüchtlinge, der Wiederaufbau angesichts

fehlender Baustoffe, die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung, Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs oder der Mangel an Wohnraum im Vordergrund. Nur bei Wein scheint der Landkreis Heilbronn keinen allzu großen Mangel gehabt zu haben, denn der Landkreis Heilbronn und seine Gemeinden wurden bei Tagungen von Mitgliedern der Landesregierung, aber auch der Militärregierung und anderer Institutionen, bevorzugt, weil hier meistens die Möglichkeit bestand, den Tagungsteilnehmern Wein vorzusetzen.

Anmerkung

(1) Dem vorliegenden Beitrag liegt das Manuskript eines Vortrages zugrunde, den der Verfasser am 9. März 1991 in Flein bei einer Zusammenkunft von Vertretern aller heimatkundlich tätigen Vereine aus dem Landkreis Heilbronn und am 24. Januar 1992 beim Heimatverein Ilsfeld gehalten hat. Die wöchentlichen Berichte des Heilbronner Landrats an die Militärregierung werden im Staatsarchiv Ludwigsburg unter der Signatur FL 20/9 Bü 142 verwahrt. Zugrundegelegt wurde auch die Arbeit von Monika Kolb: *Flüchtling, Neubürger, Unterländer. Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Heilbronn zwischen 1945 und 1953* (= Schriftenreihe des Landkreises Heilbronn Bd. 3), 1990.

Buchbesprechungen und Buchhinweise

Monika Kolb: Flüchtling, Neubürger, Unterländer. Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Heilbronn zwischen 1945 und 1953, Heilbronn 1990.

Um Vergangenes zu vergegenwärtigen, zumal wenn es um die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Jahren nach 1945 geht, ist es notwendig, sich mit Begriffsdefinitionen zu befassen. Nicht etwa, weil der zeitliche Abstand zu groß wäre, sondern weil die Lösung des Flüchtlingsproblems immer auch mit dem Versuch verbunden war (und ist), es über Begriffe und deren Definition zu meistern – v. a. ein Problem der Verwaltungen, am Schreibtisch, weniger der Menschen „vor Ort“. Nicht daß es dort keine sprachlichen Feinheiten gab, nur waren diese nicht immer fein gemeint, (selbst die allgemein übliche Bezeichnung „Flüchtling“ war nicht ohne negative Wertung, ignorierte zudem die Tatsache des Vertrieben-Seins).

Ähnlich muß auch der Historiker nachträglich die Probleme der Vergangenheit auf den Begriff bringen, um sie in den Griff zu bekommen. Und tatsächlich erweist sich für ihn diese Herangehensweise als ebenso nützlich wie für die verzweifelte Bürokratie damals und es scheint auch der ideale didaktische Zugriff, um das komplexe Thema in seiner Vielfalt zu beschreiben.

Um die Vertriebenen geht es in dem angezeigten Buch von Monika Kolb und um deren verschiedentlich als „lautloses Wunder“ bezeichnete Integration in die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Da waren sie also, in der Stunde Null, 1945, am Ende des Tausendjährigen Reiches, nach der Niederlage, am Ende des Krieges, nach der Besetzung durch den Feind, nach der Befreiung durch die Alliierten, am Beginn des Kalten Krieges und der Teilung der Welt – nach der Katastrophe: die Ureinwohner der Zonen, die Ausgebombten und Evakuierten, die Heimkehrer, die Um- und Ausgesiedelten, die Flüchtlinge und Vertriebenen ... und versuchten Ordnung in das Getümmel von Suchenden,